

# Der Kommunismus siegt

Hartz IV ist das glatte Gegenteil dessen geworden, was es sein sollte: Ausbau statt Abbau des Sozialstaats. Arbeit wird verhöhnt, Nichtstun belohnt

DER WÖCHENTLICHE ZWISCHENRUF AUS BERLIN VON HANS-ULRICH JÖRGES

Die Utopie triumphiert, der Kommunismus hält Einzug in Deutschland. Kommunismus, das sollte nach Karl Marx der Übergang vom eher anstrengenden Sozialismus – „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ – zum Paradies auf Erden sein: „Die knéchtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit“ sei überwunden, schrieb er in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ der Sozialdemokratie, nun gelte der Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Die Befreiung von Arbeit, die Alimenterung der Bedürfnisse, garantiert heute ausgerechnet jenes System, das unter heftigen politischen Wehen geboren wurde, um Arbeitssuchende wie Arbeitsverweigerer zu jeder Art von Beschäftigung zu pressen: Hartz IV.

Sie wussten nicht, was sie taten. Sie ahnten nicht, was sie anrichten würden. Die Fusion von Arbeitslosen- und Sozialhilfe unter dem Patronat Gerhard Schröders und Angela Merckels wurde nicht etwa, was beabsichtigt war, was die Sozialdemokraten schier zerriss und die Geburtsstunde der Linkspartei illuminierte, sondern das glatte Gegenteil: Der scheinbar brutalste Abbau staatlicher Stütze in der deutschen Sozialgeschichte entpuppte sich als ihr komfortabelster Ausbau. Statt Arbeit unter allen Umständen zu erzwingen, eröffnete Hartz den Weg zu einem gesellschaftlichen Grundeinkommen, das Arbeit verhöhnt und Nichtstun belohnt. Ungewollt und unheimlich.

Denn nicht etwa bloß das täuschend schäbig anmutende Arbeitslosengeld II von monatlich 345 Euro, das ab Juli auch im Osten gezahlt wird, prägt die Existenz von Hartz-IV-Empfängern, sondern ein ausgewuchertes System der Zusatzleistungen – von der Miete bis zum Kinderwagen –, mit dem die Politik das Elend lindern wollte. Eine Familie mit zwei Kindern kann es unter günstigsten Umständen auf monatlich fast 2000 Euro bringen, was einem Stundenlohn von gut 12 Euro brutto entspricht. Ohne Arbeit. Das ist deutlich mehr, als ein Bauarbeiter in der Stunde verdient. Unter Schweiß.

Es kommt immer noch was drauf. Etwa das von der Koalition beschlossene Elterngeld, das eigentlich nur Lohnersatz sein soll, wenn Mutter oder Vater den Beruf wegen eines Kindes vorübergehend an den Nagel hängen. Begünstigt werden nun aber, da sie das alte Erziehungsgeld verlieren, auch arbeitslose Hartz-IV-Empfänger, ein Jahr lang mit monatlich 300 Euro.

Eine wahre Honigroute zum Kommunismus eröffnet die Möglichkeit, das Arbeitseinkommen auf Hartz-IV-Niveau zu heben, falls es unter der vielfach gepolsterten Stütze liegt. Mehr als eine Million Menschen haben sich als „Aufstocker“ registrieren lassen, bald könnten es zwei Millionen sein, schätzt das Diakonische Werk. Selbst Unternehmer, Ärzte und Rechtsanwälte zählen dazu. Wer Familie hat, kann sich noch bei brutto 2000 Euro im Monat subventionieren lassen. Ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen ist damit entstanden, zudem noch ein flächendeckender Kombi-Lohn, den die Große Koalition eigentlich erst im Herbst einführen möchte, und das auch nur für Niedriglöhner unter 25 und über 50 Jahren. Will das die Gesellschaft – und kann sie es bezahlen?

Sie kann offenkundig immer weniger. Denn die Hartz-IV-Leistungen überspülen den Bundesetat wie eine Tsunami-Welle. Schon im vergangenen Jahr schwollen die Zahlungen für Arbeitslosengeld II auf 25 Milliarden Euro an, zehn Milliarden mehr als geplant. 2006 könnten noch einmal drei bis vier Milliarden dazukommen. Im März gab es rund vier Millionen Bedarfsgemeinschaften für Hartz IV, allein in Berlin leben davon 335 000 Haushalte, fast ein Viertel mehr als Anfang 2005 – trotz sinkender Arbeitslosenquote. Eine Großstadt von Gestützten, verpuppt in der Hauptstadt. Die Dämme der Scham scheinen zu brechen. Galt es früher selbst bei Bedürftigen als Makel, zum Sozialamt zu gehen, wird heute fantasievoll erkundet, wie ein Platz an den Fleischtopfen des Sozialstaats erobert werden kann. 3,2 Millionen Deutsche sind inzwischen von den Rundfunkgebühren befreit, 2004 waren es nur 2,7 Millionen. Ganz nach dem neudeutschen Abgreif-Motto: „Ich bin doch nicht blöd.“

Blöd sind all jene, die dafür mit Steuern und Gebühren geradzustehen haben. Aber das ist

fatalerweise eine Minderheit, denn nur noch 39 Prozent der Deutschen leben von Arbeit. Also ist die Politik vorsichtig mit Kürzungen. Wer zupackt, könnte bei Wahlen bestraft werden. Der Regelsatz von 345 Euro gilt als unantastbar. Um Nebenleistungen und Missbrauch wird gerungen. Doch eigentlich müssten die „Aufstocker“ aus dem System gekippt werden. Franz Müntefering, der zuständige Arbeitsminister, testete in der SPD-Fraktion schon mal den Aufstand der Plebejer. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, zitierte er im Tumult den sozialdemokratischen Urvater August Bebel. Das klang wie eine Kampfansage an den sozialstaatlichen Kommunismus. ★



Eine Familie mit zwei Kindern kann es auf monatlich fast 2000 Euro bringen, was gut zwölf Euro Stundenlohn entspricht

ARCA Soziales Netzwerk e.V. • Postfach 1402 • 37254 Eschwege

Herrn  
**Hans-Ulrich Jörges**  
Stellv. Chefredakteur des Magazins "stern"  
- Büro Berlin -  
Anna-Louisa-Karsch-Straße 2

10178 Berlin

26. Mai 2006

Fax: 030 / 20224-224

**Betrifft: Ihre Äußerungen über Bezieher der Sozialleistung "Hartz-IV" im "stern" Nr. 22 auf Seite 56, Überschrift: "Der Kommunismus siegt"**

**Mitteilung der Absicht, Sie wegen § 130 StGB (Volksverhetzung) anzuzeigen, da Sie über Bezieher von "Hartz-IV" und die "Leistungen" dieses Systems bekannte Unwahrheiten verbreiten**

Sehr geehrter Herr Jörges,

dieses Schreiben richte ich an Sie als 1. Vorsitzender einer langjährig ehrenamtlich aktiven Sozial- und Erwerbslosen-Initiative, als ehrenamtlicher Erwerbslosensozialarbeiter mit täglichem unbezahltem Arbeitseinsatz von gut 8-10 Stunden an sechs Tagen der Woche und als Familienvater, der zudem chronisch krank und hoch verschuldet ist, und daher mitsamt Familie vom sogenannten "Arbeitslosengeld II", vulgo "Hartz-IV" leben muß, da mit solcher Vita keine Arbeit mehr zu finden ist, von der meine Familie und ich existenzgesichert leben könnten. Deshalb beziehen wir Sozialleistungen, die uns rechtlich und sozial einwandfrei zustehen, und derentwegen wir uns nicht die Bohne schämen...

Herr Jörges, unser Verein und ich persönlich beabsichtigen, Sie wegen Ihres o.a. Beitrages gemäß dem § 130 StGB wegen Volksverhetzung anzuzeigen und dies auch öffentlich bekannt zu machen.

Bevor wir dies aber tun, möchte ich, der ich ein fairer Mensch zu sein meine und zudem selbst mehrere Jahre als Redakteur gearbeitet habe, Ihnen Gelegenheit geben, zu überdenken und vor allem nachzuprüfen, was Sie da an schierer Unwahrheit geschrieben haben, um dies öffentlich und im nächsten "stern" zurück zu nehmen.

**Begründung:**

Sie schreiben, daß eine Familie, Vater, Mutter, zwei Kinder mit "Hartz IV", also "Arbeitslosengeld II" und, wie Sie weiter schreiben, "einem ausgewucherten System der Zusatzleistungen von der Miete bis zum Kinderwagen" monatlich auf "fast 2000.- Euro brutto" bringen könne..

Diese Zahlen waren u.a. im Handelsblatt als "Netto"-Zahlen veröffentlicht worden, und stammen vom sogenannten "Institut der deutschen Wirtschaft" in Köln.

Sowohl als langjährig erfahrener Erwerbslosensozialarbeiter, wie auch als selbst Betroffener kann ich Ihnen diese ach so tollen Zahlen des IW Köln nachstehend widerlegen auf der Basis der "Netto-Zahlen", obwohl es ja gar kein "Brutto" beim "Arbeitslosengeld II" gibt.

Seite 1 von 3

Wo wir gerade beim Brutto sind, Herr Jörges: wollen Sie der Öffentlichkeit allen Ernstes weis machen, daß "fast 2.000 Euro brutto" für eine vierköpfige Familie z.B. eines Bauarbeiters viel Geld seien?

Wenn ja, hätten Sie die Güte, das mal aufzudröseln und zu erklären, wie eine vierköpfige Familie von diesem Geld leben, Miete und Nebenkosten zahlen und gleichzeitig noch aufgrund des mangelhaften ÖPNV hierzulande einen Pkw unterhalten und mit dem an die Arbeit fahren soll, im Durchschnitt 30 km hin und 30 km zurück, also 60 km pro Tag - und das bei den heutigen Kraftstoff-Preisen???

Mit allem Verlaub: auf welcher hohen Wolke der Unwissenheit schweben Sie eigentlich, Herr Jörges?

Zurück zu den realen Zahlen des "Hartz-IV"-Systems aus erster Hand, ich teile Ihnen einfach mit, was im Leistungsbescheid von mir und meiner Familie drin steht, Datum 15. Mai 2006:

311.- Euro ALG II (ich)  
 311.- Euro ALG II (meine Frau, Eheleute bekommen jeweils 34.- Euro weniger)  
 207.- Euro Grundsicherung (unsere 12-jährige Tochter inklusive Kindergeld!!!)

**829.- Euro Arbeitslosengeld II + Grundsicherung für ein Ehepaar und ein Kind, monatlich**

Die günstige Miete beträgt inkl. Nebenkosten 150.- Euro, die gleich durchgehen an den Vermieter.

Von den 829.- Euro gehen monatlich folgende fixen Kosten ab:

22.- Euro Hausrat- und Privathaftpflichtversicherung  
 30.- Euro Rechtsschutzversicherung  
 50.- Euro Strom  
 25.- Euro Gas (Warmwasseraufbereitung)  
 3.- Euro Zuzahlung zur Arzneimittelbefreiung (ich bin chronisch krank und behindert 40% GdB)  
 24.- Euro Busfahrkarte für den Schulweg unserer Tochter

**154.- Euro** Fixe Kosten monatlich

829.- Euro ALG II inklusive Kindergeld minus 154.- Euro Fixkosten sind **675.- Euro monatlich**

Herr Jörges, meiner Familie und mir stehen monatlich für Lebensmittel, Bekleidung, Schulbedarf unserer 12-jährigen Tochter, Bildung und ggf. Reparaturen ganze 675.- Euro monatlich zur Verfügung, das bedeutet **pro Person monatlich 225.- Euro**.

**Können Sie mir bitte erklären, Herr Jörges, was daran zu hoch sein soll?**

Denn im Gegensatz zur Ihrem Geschreibe gibt es keinerlei "Zusatzleistungen von der Miete bis zum Kinderwagen" - lediglich die KdU, die "Kosten der Unterkunft" werden übernommen. Da wir aus bestimmten Gründen heraus derzeit sehr günstig wohnen, werden die Kosten mit 150.- Euro gesamt übernommen.

Im hiesigen Landkreis werden inklusive Nebenkosten maximal 265.- Euro KdU übernommen, egal, wieviel Köpfe die Familie hat... Ähnliche, rechtlich zwar unzulässige Pauschalen, die aber trotzdem angewandt werden, gibt es beim ALG II überall in Deutschland, mal etwas höher, mal noch niedriger...

Weitere Leistungen, also z.B. für einen Kinderwagen, die Reparatur der Waschmaschine, einen neuen Kleiderschrank, ein neues paar Schuhe, Renovierung oder ähnliches gibt es gemäß dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) nur noch auf Darlehensbasis (wenn überhaupt), und dafür müssen dann sofort 10% der Gesamtsozialleistung monatlich vom ALG II zurückgezahlt werden - bei meiner Familie und mir wären das rund 82.- Euro...

675.- Euro für drei Personen minus 82.- Euro sind 593.- Euro, geteilt durch drei = 197.- Euro pro Person monatlich.

**Können Sie also bitte mal erklären, wie das "Institut der Deutschen Wirtschaft Köln" dann auf Zahlen kommt, auf die Sie sich ja auch beziehen, nach denen ein einziger ALG-II-Bezieher 650.- Euro im Monat netto zur Verfügung haben sollen, wenn meine Familie und Ich mit drei Personen grad mal auf diesen Betrag kommen, und man nur auf einen ALG-II-Bescheid schau muß, um zu sehen, daß das völliger Unsinn ist, was das Institut aus Köln da zusammengerechnet hat - und was Sie da öffentlich falsch übernommen und behauptet haben, Herr Jörges?**

Der Vier-Personen-Haushalt, den die Kölner da "berechnet" haben, erhält, geht man von Eltern und zwei Kindern aus, folgende realen ALGII-/Grundsicherungs-Zahlungen gemäß SGB II / SGB XII:

311.- Euro	Vater
311.- Euro	Mutter
207.- Euro	Kind 1
<u>207.- Euro</u>	Kind 2

**1036.- Euro monatlich inklusive Kindergeld für beide Kinder!!!!**

Von diesen 1036.- Euro bei vier Personen gehen dann die o.a. Fixkosten in ähnlicher Form, nur halt für vier Personen, auch noch ab.

**Woher, Herr Jörges, kommen da 1550.- Euro "netto" bzw. "fast 2.000.- Euro "brutto"?  
Obwohl es doch beim ALG II und bei der Grundsicherung kein Brutto/Netto gibt?**

Hinzuweisen ist in dem Zusammenhang auch noch, daß meine Familie und ich unterhalb des sogenannten gesetzlichen Existenzminimums, der gesetzlichen Pfändungsfreigrenze in der Pfändungsfreigrenzen-Tabelle zu § 850c ZPO (Zivilprozeßordnung) liegen - und zwar als Familie unterhalb der Pfändungsfreigrenze für eine Person...

Sie sehen, Herr Jörges, daß die Zahlen, die in der Öffentlichkeit zu Hartz-IV nun auch von Ihnen kolportiert werden, einfach nur falsch sind, und daß Sie diesen falschen Zahlen voll aufgesessen sind.

Wir wollen gar nicht damit anfangen, Ihnen schiere Neoliberalität und deshalb absichtliche Verwendung falscher Zahlen zu unterstellen.

Wir möchten vielmehr sehen, ob Sie als stellvertretender Chefredakteur eines führenden Wochen-Magazins den Mut haben, den Blödsinn, den Sie geschrieben haben, nachzuprüfen und dann öffentlich zurück zu nehmen.

Um Ihnen die Feststellung Ihres Fehlers zu erleichtern, fordern wir Sie auf, z.B. auf der Internet-Seite des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

**<http://www.paritaet.org> unter [Aktuelles]--> [Pressemitteilungen]**

diese PMs vom 11. Mai bis 23. Mai 2006 aufmerksam zu lesen und vor allem die in der PM vom 23. Mai 2006 enthaltene Expertise von Dr. Rudolf Martens (PDF-Datei für Adobe Acrobat Reader) herunterzuladen und eingehendst zu studieren.

Sie werden feststellen, Herr Jörges, daß die bisherige, heftig neoliberale Berichterstattung des stern über "Hartz-IV" und die davon betroffenen Menschen in Deutschland größtenteils auf völlig falscher Daten- und Zahlenbasis beruht - und man Euch Medien ebenso wie uns Arme schlicht belogen hat...

Die falschen Daten- und Zahlenbasis gilt auch für Ihren Beitrag im stern 22/2006 auf Seite 56. Nehmen Sie ihn also zurück. Im nächsten stern.

Ach ja, wo wir grade bei falschen Zahlen sind, Herr Jörges: der Staatssekretär Andres aus dem Bundesministerium für Arbeit hatte kürzlich erst veröffentlicht, daß die Behauptung, "Hartz-IV" ufere kostenmäßig völlig aus, eine neoliberale Presse-Ente ist. "Hartz-IV" kostet kaum mehr, als die Sozialleistungen des alten Systems aus Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe heute gekostet hätten. Nur die Verwaltungskosten für "Hartz-IV", jaaa, die sind stark gestiegen, weil für diesen ganzen Mist das behördliche Rad mal wieder neu erfunden werden mußte...

In diesem Sinne mit vorzüglichster Hochachtung nach Berlin,  
Sozialverein und Erwerbslosen-Initiative

**ARCA Soziales Netzwerk e.V.**

- der Vorstand -

i.A.

Thomas Kallay, 1. Vorsitzender

**ARCA**  
**ARCA Soziales Netzwerk e.V.**  
Beistand, Betreuung und Hilfe zur Selbsthilfe  
für Menschen in schwierigen Lebenslagen  
Postfach 1402 • 37254 Eschwege  
Telefon: 05651/754706